

## Pressemitteilung

### **Hoffnung auf konstruktives Gespräch: Bündnis trifft sich mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper**

Vertreter\*innen des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung treffen sich am Donnerstag mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper, um über ihre Petition "Passau for choice" zu sprechen, die inzwischen knapp 1.800 Passauer Bürger\*innen unterzeichnet haben. Das Gespräch war ihnen in der letzten Stadtratssitzung vom Oberbürgermeister zugesichert worden, nachdem das Bündnis ihn dort mit seiner Forderung konfrontiert hatte.

"Im Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Jürgen Dupper werden wir die drastische Lage von ungewollt Schwangeren in Passau thematisieren und uns nach seinen Lösungsvorschlägen für das Problem erkundigen," so Henriette Gremm, Pressesprecherin der Petition. Viele Passauer\*innen, die mit den Petent\*innen an den Infoständen ins Gespräch kämen, seien überrascht, dass die Durchführung eines Schwangerschaftsabbruchs nach der Beratungsregelung am städtischen Klinikum nicht möglich sei. "Es unterschreiben pro Tag, am dem wir mit unserem Infostand in der Fußgängerzone stehen, bis zu 250 Menschen aller Altersstufen unsere Petition. Das ist eine klare Aufforderung an die Stadt, sich des Problems anzunehmen", so Gremm.

"Wir gehen guter Dinge in dieses Gespräch, da wir die Position der SPD zur Gesundheitsversorgung von ungewollt Schwangeren kennen. In ihrem Programm fordert sie auch das Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen nach der Beratungsregelung an kommunalen Krankenhäusern. Ebenso progressiv wie diese Forderung sollten auch zukünftige Entscheidungen der politischen Verantwortlichen zum Thema Schwangerschaftsabbruch in Passau ausfallen", so Susanna Lindlein, ebenfalls Pressesprecherin der Petition.

"Wir wünschen uns vor allem ein konstruktives Gespräch mit dem Oberbürgermeister. Unser Ziel ist es, die Situation für ungewollt Schwangere in Passau endlich zu verbessern und das geht nur gemeinsam mit allen Beteiligten. Daher sind wir für sämtliche Lösungsvorschläge des Oberbürgermeisters und des Stadtrats offen", so Susanna Lindlein weiter. Klar sei jedoch, dass sich dringend etwas ändern müsse und dabei der Oberbürgermeister als letzter Entscheidungsträger des Klinikums besonders in der Verantwortung stehe.